

Kirche im Sozialismus – Das Friedenszeugnis der evangelischen Kirchen in der DDR

1. Die Jahreszahlen 1945 und 1949 markieren einen tiefen Einschnitt im Leben der evangelischen Kirchen im Gebiet der heutigen DDR. Das Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Übernahme der Verantwortung durch die sowjetische Besatzungsmacht und danach die Gründung der DDR haben für unsere Kirchen, für ihre Organisation und ihr inneres Leben große Bedeutung erlangt. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde in einem Gebiet mit vorwiegend evangelisch geprägter Bevölkerung damit begonnen, eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Zum ersten Mal sahen sich deutsche evangelische Kirchen einem Staat gegenüber, der von den Prinzipien und Maximen des Marxismus-Leninismus bestimmt wurde. Zum ersten Mal mußte man sich auseinandersetzen mit den Problemen einer strengen Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule. Dies hatte einschneidende Rückwirkungen z. B. auf die Finanzstruktur der Kirchen und auf die Verantwortung für die christliche Unterweisung der Jugend. Der Aufbau eines eigenen Finanzapparates und die Entwicklung eines neuen Mitarbeiterzweiges, der Katecheteten, waren unumgänglich, sie schufen erhebliche Probleme und Schwierigkeiten, führten aber auch letztlich zu neuen Erkenntnissen und Erfolgen.

2. Die Entwicklung seither ist von einem doppelten Lernprozeß geprägt, der sowohl die Kirchen als auch die führende Partei in der DDR zu neuen Erkenntnissen geführt hat. Auf seiten derjenigen, die sich als Marxisten-Leninisten für die Neugestaltung der Gesellschaft und für den Aufbau eines sozialistischen Staates verantwortlich fühlten, war es von ihrer ideologischen Grundposition her klar, daß die Kirche in einer solchen neuen Gesellschaft keine große Lebenschance haben würde. Als Teil des ideologischen Überbaus der absterbenden kapitalistischen Gesellschaft mußte auch die Kirche langsam, aber sicher aussterben. Eine bewußte antireligiöse Propaganda hat über Jahre hinweg versucht, eine solche Entwicklung zu fördern. Der anhaltende Prozeß der absinkenden Zahlen der Gemeindeglieder hat jedoch nicht zum Absterben und Aussterben der Kirche ge-

führt. Im Gegenteil, gerade die kleiner gewordenen Gemeinden haben einen höheren Prozentsatz an bewußten Gemeindegliedern, die sich für ihren Glauben und die Kirche aktiv einsetzen. Erstaunlich war für manchen Funktionär, daß die christliche Gemeinde an vielen Orten gerade unter den Jugendlichen große Resonanz gefunden hat. Auch ist ganz offensichtlich, daß die Kirche über den Kreis ihrer Glieder hinaus eine große Anzahl von Sympathisanten hat, die sich zwar nicht aktiv engagieren, aber doch aus einer gewissen Entfernung am kirchlichen Leben teilnehmen oder es mit Interesse verfolgen. Faktum ist, daß heute in der DDR niemand mehr von einem baldigen Aussterben der Kirche redet. Man hat gelernt, daß man mit der Existenz einer lebendigen Kirche auf unabsehbare Zeit rechnen müssen. Manche pragmatische Entscheidung, wie etwa die Erlaubnis zum Bau von Kirchen und Gemeindezentren in Neubaugebieten, ist sicher auf dem Hintergrund dieses Umdenkens zu sehen. Man rechnet realistisch damit, daß auch in den nächsten Jahrzehnten die Kirche ihren festen Platz in der sozialistischen Gesellschaft haben wird.

3. Auf der anderen Seite haben auch viele Christen einen Lernprozeß durchgemacht. Den allermeisten fiel es sehr schwer, die DDR als ihren Staat anzunehmen. Für viele war es ausgemachte Sache, daß ein solcher Staat auf deutschem Boden nicht lange Bestand haben würde. Sie hofften auf einen Umschwung mit der Wiederherstellung alter Verhältnisse. Doch dieser Zusammenbruch der DDR ist nicht eingetreten, im Gegenteil, dieser Staat hat sich immer mehr stabilisiert und auch im internationalen Bereich durchgesetzt. Hunderttausende auch von Christen haben die DDR bis 1961 und z. T. danach noch verlassen, weil sie meinten, hier nicht leben zu können. Für andere wurde die Frage nach der Stellung zu diesem Staat immer wichtiger. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sich selbst beschrieben als eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft. Er hat sein Selbstverständnis zusammengefaßt in den drei Worten: Kirche im Sozialismus. Gerade diese Formulierung hat aber viele kritische Fragen hervorgerufen. Von daher ist sie auch immer wieder neu beschrieben und gedeutet worden. Auf jeden Fall ist dieser Terminus der Versuch einer Positionsbeschreibung und zugleich das Ergebnis eines Lernprozesses, nun auf der anderen Seite. Insofern ist dieser Satz nicht als ein Bekenntnis zum Sozialismus oder gar zum Marxismus-Leninismus zu verstehen – wohl aber stellt diese Standortbeschreibung den Versuch dar, ernst zu machen mit der Erkenntnis, daß es die Aufgabe der Christen in der DDR nicht sein kann, auszuwandern, sondern mit Wort und Tat den Menschen zu dienen, die mit ihnen gemeinsam in dieser Gesellschaft leben: Zeugnis- und

Dienstgemeinschaft. In einem langen, oft schmerzhaften Prozeß haben immer mehr Christen sich dazu durchgerungen, diesen Staat und diese sozialistische Gesellschaft bewußt anzunehmen als den Ort, den Gott selber seiner Kirche in diesem Lande als einen Ort der Bewährung zugewiesen hat. Kirche im Sozialismus: das bedeutet nicht, daß die Kirche ein wohleingepaßtes Rädchen wäre im geordnet ablaufenden Getriebe des Staates. Es bedeutet vielmehr, den schweren Weg zu gehen zwischen kritikloser Anpassung und der Rolle einer politischen Oppositionspartei.

Christen sehen den Staat, in dem sie leben, mit offenen Augen. Sie sehen seine Schwächen und Schwierigkeiten, sie haben den Mut, diese Schwächen zu benennen, und sie mühen sich mit, daß das Leben in diesem Lande sich so entwickelt, daß alle sich hier zu Hause fühlen können. Sie sind aber auch bereit, ehrlich das anzuerkennen, was diesen Staat vor anderen auszeichnet, z. B. sein System der sozialen Sicherheit. Sie möchten sich in diesem Staat einsetzen für das Wohl und das Heil aller Menschen. Dies empfinden sie als ihren Auftrag von ihrem Herrn her. So nehmen sie dankbar zur Kenntnis, daß die Kirche und einzelne Christen zunehmend akzeptiert werden in einem sozialistischen Staat als Gesprächspartner im Blick auf die großen Weltprobleme: nicht um zu akklamieren, sondern um ihre – vielleicht auch abweichende – Meinung in den Dialog einzubringen. Es scheint sich ein neues Klima der Offenheit und Hörbereitschaft auf beiden Seiten anzubahnen trotz bleibender großer und tiefgreifender weltanschaulicher Differenzen. Zu den großen Problemen, die dabei im Vordergrund stehen, gehört auch die Frage nach dem Frieden, der Abrüstung, dem Überleben der Menschheit – und es ist zugleich die Frage nach dem, was die Kirche zu diesen Fragen zu sagen hat, und vor allem, was sie praktisch tun kann.

4. Das Eintreten für Weltfrieden, Abrüstung, Entspannung und mehr Verständigung unter den Völkern ist eines der Hauptanliegen der evangelischen Kirchen in der DDR. Die besondere Verpflichtung der deutschen Kirchen, sich für Frieden und Versöhnung intensiv einzusetzen, wird vor allem durch drei Motive getragen.

Einmal muß hingewiesen werden darauf, daß von deutschem Boden zwei Weltkriege ausgegangen sind, die unermessliches Leiden über Millionen Menschen gebracht haben. Dies ist besonders deutlich für das, was 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen begann. „Die deutsche Verantwortung für die Auslösung des zweiten Weltkrieges liegt offen zutage. Die Frage nach der Schuld zwingt uns dazu, auch nach unserem eigenen Anteil

an ihr und unserer Verstrickung zu fragen.“ So heißt es in einem „Wort zum Frieden“, das die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges gemeinsam herausgegeben haben. Und es heißt dann weiter: „Den Christen und Kirchen in beiden deutschen Staaten ist es besonders aufgetragen, an der Vertiefung der Entspannungspolitik mitzuarbeiten ...“ Hinter diesen Aussagen steht die Erkenntnis, daß unsere Kirchen zweimal in diesem Jahrhundert angesichts von Weltkriegen nach ihrem Friedenszeugnis gefragt waren, aber beide Male – mit wenigen Ausnahmen – sich entweder in patriotische Begeisterung hineinziehen ließen oder ängstlich geschwiegen haben. Es wird von daher die Verpflichtung empfunden, in der Gegenwart sich entschiedener für alles einzusetzen, was ein echtes Miteinander der Völker, die Versöhnung und Verständigung fördern kann.

Dies wird um so dringlicher als Aufgabe angesehen, als unsere Kirchen durch ihre geographische Lage in einer besonderen Situation sind. Wir leben seit 1945 an der Nahtstelle zwischen den beiden großen Machtssystemen dieser Zeit, die sich auch heute noch trotz erfreulicher neuer Annäherungen antagonistisch gegenüberstehen, hochgerüstet, bereit, auf jeden Schlag mit noch größerer Härte zu antworten. Wir wissen, daß die Menschen in unserem Lande – und das wären auch die Christen – im Ernstfall die am ersten und am härtesten Betroffenen wären. Von daher muß es unsere Aufgabe sein, die bestehenden Gegensätze und Trennungen nicht noch weiter zu vertiefen, sondern – soviel an uns liegt – überbrücken zu helfen.

Und letztlich wissen wir, daß ein dritter Weltkrieg ein Krieg mit neuer „Qualität“ wäre, ein Krieg, wie es ihn noch nie gegeben hat, ein Krieg, der nicht ein einzelnes Volk und Land oder auch nur einen einzelnen Kontinent betreffen würde. Es wäre ein Krieg ohne Sieger und Besiegte, eine Auseinandersetzung, in der es nur Verlierer gäbe und in dem die Existenz der ganzen Schöpfung, unseres Planeten auf dem Spiel stünde.

So ist es für unsere Kirchen keine Frage, daß sie die Aufgabe haben, sich für den Frieden in Gerechtigkeit und für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Sie wollen dies freilich in eigener Verantwortung tun und in einer eigenständigen, dem Evangelium verpflichteten Weise, ohne einseitige Parteinahme für die eine oder andere politische Gruppierung.

Dies hat z. B. die evangelischen Kirchen in der DDR in der Vergangenheit dazu bewogen, sich gegenüber der Prager Christlichen Friedens-

konferenz recht distanziert zu verhalten. Man sah – mindestens in bestimmten Zeitabschnitten in der wechselnden Geschichte dieser Bewegung – die notwendige Ausgewogenheit in den Äußerungen der Konferenz zur Friedensfrage nicht gegeben. So haben an den einzelnen Tagungen der CFK allenfalls Beobachter des Bundes teilgenommen. Offizielle Mitarbeiter der CFK aus der DDR waren nicht die Kirchen, sondern immer nur einzelne Persönlichkeiten.

Im folgenden möchte ich nun auf einzelne Aktivitäten und Problemfelder in der Friedensarbeit unserer Kirchen eingehen.

5. Als ein Beispiel theologischer Arbeit auf diesem Gebiet sei hingewiesen auf die Bemühungen, Artikel XVI der Augsburgischen Konfession, insbesondere den Begriff des „iure bellare“ (rechtmäßig Kriege führen) für die Gegenwart neu zu deuten. Die erneute Beschäftigung mit diesem Artikel geht auf eine Eingabe der Bezirkssynode Dresden-Mitte zurück, die von der Generalsynode der VELK in der DDR aufgegriffen wurde. Die Generalsynode hat 1983 die Kirchenleitung der VELK gebeten, „zu prüfen, wie angesichts der nuklearen Bedrohung eine kirchlich-verbindliche aktualisierende Auslegung des ‚iure bellare, militare‘ im Artikel 16 der Augsburgischen Konfession gegeben werden kann“. Die Kirchenleitung hat zunächst zwei theologische Gutachten eingeholt, die ebenfalls eine aktualisierende Auslegung dieses Artikels für wünschenswert erklärten. Da es sich hier um eine Frage handelte, die nicht nur die VELK und ihre drei Gliedkirchen in der DDR angeht, wurde im weiteren Verlauf der Bund der Evangelischen Kirchen gebeten, sich dieser Aufgabe für alle acht evangelischen Landeskirchen anzunehmen. Eine Arbeitsgruppe auf der Ebene des Bundes hat sich seither intensiv um eine verbindliche Interpretation von CA XVI auf dem Hintergrund unserer Situation bemüht. Nunmehr liegt ein zweiseitiger Text vor, der demnächst von der Kirchenleitung der VELK in der DDR beraten werden soll und sicherlich auch andere Gremien beschäftigen wird; die zitierten Texte sind also im Augenblick noch Arbeitspapiere.

Worum geht es? CA XVI handelt „Vom Leben in der Welt“. Gegen die Tendenzen der Weltflucht und Weltverneinung betont und bejaht dieser Artikel die Verantwortung der Christen für die Welt, die sich vor allem darin bewährt, daß Christen in der jeweiligen Gesellschaft sich für das Recht und Gottes gute Ordnung zum Wohle aller Menschen einsetzen. In Übereinstimmung mit der im 16. Jahrhundert allgemein gültigen Meinung wird dem Staat das Recht zugebilligt, im Dienste der Allgemeinheit Ge-

walt anzuwenden und auch Kriege zu führen, sofern sie gerecht sind, d. h. sofern sie verantwortlich sind. CA XVI distanziert sich deutlich von Schwärmern und anderen Gruppen, die im Hinblick auf das ohnehin bald anbrechende Gottesreich den Fragen der gesellschaftlichen Ordnung keinen besonderen Wert zuweisen bzw. sie geradezu ablehnen.

Mit Recht hat die genannte Arbeitsgruppe des Bundes darauf verwiesen, daß das „iure bellare“ nicht einen Freibrief für kriegerische Unternehmungen darstellte, sondern seine Tendenz im Gegenteil eine „Begrenzung von Gewalt“ war, „indem es Maßstäbe für ihre Anwendung benannte. Kriegführen wurde dadurch als Notfall politischen Handelns dem Recht unterstellt. Krieg war dadurch nicht von vornherein und in jedem Fall zu rechtfertigen, wurde aber auch nicht geächtet.“

Als einen Aspekt der bleibenden Bedeutung von CA XVI im Zusammenhang mit der Friedensverantwortung der Kirche stellt das erste Votum der Arbeitsgruppe fest: „Kriegführung muß verantwortlich sein (iure bellare‘). Wenn dies nicht mehr gegeben ist, sind Christen verpflichtet, alles dafür einzusetzen, damit Kriege verhindert werden. Dies schließt ein, sich – notfalls in einem Akt äußersten Bekenkens – zu verweigern, wenn es darum geht, sich an einem Krieg zu beteiligen. Dieses wäre ein Akt zeichenhaften Bekenkens, zu dem die Kirche zwar rufen kann, das aber nicht im Sinne einer moralischen Forderung von allen Christen zu verlangen ist. Es geht allerdings in diesem Artikel in erster Linie nicht um das persönliche Zeugnis einzelner Christen, sondern um das Zeugnis der Kirche vor den Verantwortlichen der Gesellschaft.

Grundsätzlicher Pazifismus kann von CA XVI her nicht begründet werden. Wohl aber hat die Kirche der Gesellschaft heute zu bezeugen: Die Welt kann heute nicht mehr durch die Legitimierung, sondern nur noch durch die Verhinderung des Krieges erhalten werden. Als ‚gute Ordnung‘ im Sinne von CA XVI kann nur noch eine ‚Friedensordnung‘ gelten. Dem Pathos von CA XVI entspricht es, sich auch den politischen Fragen der Kriegsverhütung und Friedenssicherung zu stellen. Eine politikfähige Friedensstrategie würde heute der Aufforderung von CA XVI am ehesten gerecht.“

Es geht in diesem Votum nicht um eine Eliminierung von CA XVI, man versucht vielmehr eine aktualisierende, neue Auslegung, um „angesichts einer grundlegend veränderten Situation das Bekenntnis und das Friedenszeugnis der an dieses Bekenntnis gebundenen Kirchen glaubwürdig“ zu bezeugen. In der Tat sieht sich die Welt und die Christenheit heute

vor Herausforderungen, die die Verfasser der CA nicht im entferntesten ahnen konnten. Der Krieg, der ihnen als Möglichkeit vor Augen steht, ist nicht der moderne Krieg mit dem möglichen Ende allen menschlichen Lebens auf dieser Erde. Von daher sahen sich die Autoren des Votums herausgefordert, nach dem Kern der Aussagen von CA XVI zu forschen und ihn für die Gegenwart – aktualisiert – zu bezeugen. Dies lautet dann so (Entwurf der Arbeitsgruppe CA XVI vom 15. 9. 1987):

„Die von Gott geschaffene ‚gute Ordnung‘ (CA XVI) zielt auf die Bewahrung seiner Schöpfung. Angesichts ihrer drohenden Zerstörung haben wir Gottes ‚gute Ordnung‘ heute darin zu bezeugen, daß wir dem weltweiten Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Geltung verschaffen.

Im atomaren Zeitalter kann daher Krieg kein zu rechtfertigendes Mittel der Politik mehr sein. Angesichts nuklearer Hochrüstung kann es nicht mehr um die Frage gehen, ob und wann ein Krieg zu rechtfertigen ist, sondern nur noch darum, wie er verhindert werden kann.“

6. Eine Frage von besonderem Gewicht ist für unsere Kirchen das Problem des Wehrdienstes und der Ruf nach einer Alternative in einem zivilen und sozialen Friedensdienst. Seit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ist ein 18-monatiger Dienst in der Nationalen Volksarmee für alle männlichen Bürger verbindlich. Von Anfang an hat es aber auch in unserem Land Wehrpflichtige gegeben, die aus Gewissensgründen den Waffendienst abgelehnt haben; die meisten von ihnen waren Glieder unserer Kirchen. Seit den sechziger Jahren gibt es eine staatliche Regelung der Möglichkeit, auch ohne die Ausbildung an Waffen als sogenannter Bausoldat im Rahmen der Armee den Wehrdienst abzuleisten. Die Bausoldaten sind Angehörige der Armee, tragen Uniform, sind dem Disziplinarrecht der Armee unterworfen, werden aber nur für Bauvorhaben oder im Dienstleistungswesen der Armee eingesetzt. In den ersten Jahren handelte es sich zumeist um Bauvorhaben mit stark militärischer Ausrichtung, in der letzten Zeit werden die Bausoldaten jedoch immer stärker bei rein zivilen Projekten bzw. in Industriebetrieben eingesetzt. Während ein großer Teil junger Christen den Dienst in der NVA ableistet, ein anderer, kleinerer Teil sich für den Dienst in den Baueinheiten entscheidet, gibt es auch eine dritte Gruppe, die mit großer Entschiedenheit jeden Dienst in der Armee, ob mit, ob ohne Waffe ablehnt. Sie müssen dafür mit strafrechtlicher Verfolgung nach den gültigen Gesetzen rechnen. Es muß je-

doch festgestellt werden, daß die Zahl derer, die tatsächlich verurteilt und dem Strafvollzug zugeführt wurden, verhältnismäßig klein ist.

Für unsere Kirche ergab sich die Frage, in welcher Weise sie zu dem sich ergebenden Problem Stellung nehmen sollte. Sie hat es bisher vermieden, einen der drei genannten Wege als den für einen Christen allein möglichen herauszustellen. Die Gewissensentscheidung des einzelnen sollte respektiert werden: die Entscheidung desjenigen, der auch heute noch den Dienst in einer Armee für sinnvoll und verantwortbar hält, ebenso wie die Entscheidung derjenigen, die den Waffen- und Wehrdienst mehr oder weniger rigoros ablehnen und auch bereit sind, dafür Opfer zu bringen. Es sollte vermieden werden, daß die einen in der Gemeinde, weil sie den vermeintlich leichteren Weg gehen, von der Seite angesehen werden; andererseits war klar, daß die Kirche die Entscheidung derer mittragen würde, die als Bausoldaten dienen oder den Wehrdienst ganz ablehnen. So sind die Gemeinden immer wieder gemahnt worden, sich seelsorgerlich um die jungen Christen in Uniform, die in ihrem Bereich leben, intensiv zu kümmern. Ebenso hat sich unsere Kirche auf geeignetem Wege für die Verweigerer eingesetzt; seit etwa zwei Jahren sind keine Fälle bekannt, daß Verweigerer angeklagt und verurteilt wurden.

Ein besonderes Problem entsteht nicht selten dadurch, daß Wehrpflichtige ihre Entscheidung verändern, das heißt, daß sie zunächst den regulären Wehrdienst absolvieren, dann jedoch – wenn sie zu Reserveübungen einberufen werden – unter Berufung auf neue Erkenntnisse den weiteren Wehrdienst ablehnen. Da sie seinerzeit den Fahneid geleistet haben, werden sie nun vom Staat in Pflicht genommen. Unsere Kirchen setzen sich auch für diese Menschen ein, damit ihrer jetzigen Entscheidung angemessen Rechnung getragen wird.

Unvermindert stark wird von einzelnen und ganzen Gruppen die Forderung nach einem „Sozialen Friedensdienst“ im zivilen Bereich erhoben. Es ist jedoch fraglich, ob diese Forderung in nächster Zukunft erfüllt werden kann. Man wird dabei die Situation der DDR, die Mitglied des Warschauer Vertrages ist und ihre Verpflichtungen innerhalb dieses Bündnisses zu erfüllen hat, berücksichtigen müssen. Immerhin ist die DDR das einzige Land im Warschauer Bündnis, das überhaupt eine Ersatzdienstregelung wie die der Bausoldaten hat.

Die Bundessynode, die im September 1987 in Görlitz tagte, hat sich in ihrem Beschluß „Bekennen in der Friedensfrage“ auch zum Wehrdienstbereich geäußert. „Jeder Christ, der vor die Frage des Wehrdienstes ge-

stellt ist, muß prüfen, ob seine Entscheidung mit dem Evangelium des Friedens zu vereinbaren ist. Wer heute als Christ das Wagnis eingeht, in einer Armee Dienst mit der Waffe zu tun, muß bedenken, ob und wieweit er damit der Verringerung und Verhinderung der Gewalt und dem Aufbau einer internationalen Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit dient. Die Kirche sieht in der Entscheidung von Christen, den Waffendienst oder Wehrdienst überhaupt zu verweigern, einen Ausdruck des Glaubensgehorsams, der auf den Weg des Friedens führt.“

Dieser Beschluß markiert deutlich einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer Klärung in unseren Kirchen. Während man früher zwar auch im Blick auf Wehrdienstverweigerung von einem „deutlicheren Zeichen“ gesprochen hatte, im übrigen aber die jeweilige Entscheidung der Betroffenen auf einer gleichen Ebene sehen konnte, wird nun der Entschluß, Waffendienst zu tun, als „Wagnis“ bezeichnet; es wird zu bedenken gegeben, ob wirklich auf diesem Wege dem Frieden und der Verhinderung von Gewalt gedient werden kann. Zum anderen wird so eindeutig wie bisher nie die Entscheidung für waffenlosen Dienst und gegen den normalen Wehrdienst als positiver Ausdruck des Gehorsams gegenüber dem Evangelium gewertet.

Dieser Beschluß wird sicherlich in unseren Gemeinden unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Er wird aber sicherlich auch das Nachdenken darüber fördern, was das uns aufgetragene Friedenszeugnis heute für uns bedeutet.

7. Schon früh haben unsere Kirchen immer wieder betont, daß das Bekenntnis zum Frieden eine *aktive Friedenserziehung* voraussetzt. Mit großer Besornis haben daher die Kirchen 1978 den Beschluß der Regierung zur Kenntnis genommen, in den Schulen für die älteren Schüler das neue Fach Wehrunterricht einzuführen. Es ist das Bedenken artikuliert worden, „daß der Wehrunterricht zu einer Fixierung Jugendlicher auf das Freund-Feind-Denken führt und Jugendliche daran gewöhnt werden, Gewalt als legitimes Mittel zur Lösung von Konflikten anzusehen“. Die Bedenken sind den staatlichen Stellen vorgetragen worden, und zugleich wurde die Regierung gebeten, „den Gewissensbedenken derjenigen Rechnung zu tragen, die ihre Kinder nicht am Wehrunterricht teilnehmen lassen“, und „keine Diskriminierung im Zusammenhang mit dem Wehrunterricht – sowohl bei Nichtteilnahme als auch bei kritischer Teilnahme – zuzulassen“. Es wurde die dringliche Bitte ausgesprochen, die Regierung möge dafür Sorge tragen, „daß im Erziehungsprozeß die Einübung friedli-

cher Verhaltensweisen und die Gesichtspunkte der Vertrauensbildung Vorrang behalten“.

Zugleich ist von unseren Kirchen immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht worden, „daß die Erziehung zum Frieden in der unmittelbaren Umgebung eines jeden von uns, in der Familie, beginnen muß“. Erziehung zum Frieden muß bei den Kindern beginnen und unser Leben begleiten. Sie muß auch Einfluß gewinnen auf unser Miteinander in der Kirche und in kirchlichen Gremien. Sie muß unseren Alltag, das Miteinander mit den Menschen am Arbeitsplatz und in unserer Nachbarschaft bestimmen. Die Friedenswilligkeit und die Friedensfähigkeit jedes einzelnen an dem Ort, wo er lebt und arbeitet, und die großen Friedensprobleme unserer Zeit stehen in einem engen Zusammenhang. Auch zu diesen Aspekten hat die Bundessynode sich deutlich geäußert: „Weil wir lernen müssen, unsere Konflikte mit friedlichen Mitteln auszutragen, wollen wir mit der Friedenserziehung zu Hause beginnen und für die Friedenserziehung in Kindergärten, Schule und Gesellschaft uns einsetzen.“ Und: „Weil die Verteufelung des anderen die Gewaltbereitschaft erhöht, wollen wir uns der feindlichen Rhetorik gegen jedermann enthalten, uns gegenseitig ermahnen und andere dazu auffordern.“

Von großer Bedeutung für die Friedenserziehung und allgemein für die Bewußtseinsbildung ist in unserem Lande die jährlich durchgeführte Friedensdekade im November, an der sich viele Gemeinden aktiv beteiligen. Eine zentrale Vorbereitungsgruppe gibt in jedem Jahr den Gemeinden Material an die Hand, um unter einem gemeinsamen Thema zehn Tage lang über die Grenzen der Landeskirchen und Gruppierungen hinweg in einem Sinn für den Frieden zu beten, sich auf das Wort Gottes als Richtschnur zu besinnen, nachzudenken über das, was dem Frieden und dem Leben und Überleben der Menschen in dieser Zeit dient. Für die Gestaltung in den einzelnen Gemeinden gibt es keine festen, vorgeschriebenen Formen; von Ort zu Ort sind große Unterschiede festzustellen. Es wird immer wieder versucht, auch neue Wege zu gehen, z. B. ein Nachtgebet für den Frieden oder eine Gebets- und Meditationskette, die an einem bestimmten Ort mehrere Tage und Nächte nicht abreißt. An manchen Stellen werden die Grenzen der Konfession überschritten, und es beteiligen sich auch katholische Christen; es kommen auch Menschen, die sonst der Kirche fernstehen, hier aber etwas davon spüren, daß die Kirche und ihre Botschaft mit unserem wirklichen Leben zu tun haben.

„Miteinander leben“. So lautete das Thema der Friedensdekade 1988. Und es war als Motto ein Wort von Martin Luther King hinzugefügt:

„Wenn wir nicht lernen, als Menschen miteinander zu leben, werden wir als Narren miteinander untergehen.“ Wenn in unserer Zeit, auch in der DDR, viel von „neuem Denken“ die Rede ist, dann geht es gerade darum, daß diese Erkenntnis in uns wächst: Gott hat uns als Menschen und Völker auf dieser Erde zum Leben berufen, aber eben zum gemeinsamen Leben, zum Leben in Frieden.

Miteinander leben heißt sicherlich nicht, alle Unterschiede und Gegensätze zu übersehen oder zu übertünchen, aber es bedeutet die Mahnung, über dem, was uns trennt, das Gemeinsame nicht zu vergessen und dies bestimmend sein zu lassen. Miteinander leben heißt sicherlich, daß wir immer mehr zu einer Gemeinschaft von Menschen werden, die aufeinander hören, miteinander teilen, voneinander lernen. Für uns in der DDR heißt es auch, daß uns unter dieser Losung die Frage nach dem Miteinander von Christen und Nichtchristen in unserer Gesellschaft gestellt ist, nach der Möglichkeit von gemeinsamem Handeln im Blick auf die Bewahrung der Schöpfung und allen Lebens. Und dies tun in der bewußten Bindung an die Botschaft Jesu Christi.

„Miteinander leben“ heißt, sich verbindlich in eine Gemeinschaft mit anderen Christen, Gruppen in den Gemeinden und in der Kirche zu stellen, unter die Wahrheit Gottes in Jesus Christus, die neues Leben, Versöhnung und Umkehr möglich macht.

8. Die evangelischen Kirchen in der DDR haben von Anfang an den Gedanken einer großen weltweiten christlichen Friedensversammlung (Konzil) aktiv unterstützt. Dies liegt in einer Linie mit den Bemühungen unserer Kirchen, in bilateralen Gesprächen mit anderen Kirchen über die Grenzen von Kontinenten und Ländern hinweg einen Beitrag zur Verständigung der Völker, zum Abbau von Mißtrauen und Mißverständnis zu leisten. So haben mehrere Konferenzen zwischen dem Nationalen Christenrat in den USA und dem Bund der Evangelischen Kirchen stattgefunden, teils in der DDR, teils in den USA. Das Ziel war, wenigstens einen kleinen Beitrag zur Verminderung der Spannungen zu leisten durch einen Austausch von Argumenten und Meinungen, durch gegenseitige Information, durch die gemeinsame Besinnung auf die Zusage Jesu: Selig sind die Friedfertigen – die Frieden stiften und möglich machen. Trotz der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, in die man eingebunden blieb, wollte man gemeinsam doch etwas tun für die Entwicklung von mehr Vertrauen und Sicherheit. In dem Abschlußdokument der Begegnung von Ferch 1982 wird z. B. festgestellt: „Die Teilnehmer

haben die Überzeugung, daß weniger Geheimhaltung und mehr Transparenz Vertrauen ermöglichen könnte, das für wirksame Abrüstungsmaßnahmen notwendig ist. Sie sehen, daß dies ein schwieriger Prozeß ist, der unternommen werden muß, der aber nicht zur Gewinnung von politischen Vorteilen über die andere Seite mißbraucht werden darf. ... Die Teilnehmer sind sich bewußt, daß Sicherheit nicht allein durch militärische Strukturen garantiert wird. Die Welt braucht eine politisch stabile und dauerhafte Friedensordnung. Es muß an solchen politischen Sicherheitsstrategien gearbeitet werden, wie ökonomische Kooperation, kultureller und wissenschaftlicher Austausch und Zusammenarbeit bei ökologischen Problemen (anzustreben ist). ... Sie unterstützen außerdem die Nutzung aller Formen von Kooperation und Austausch, die innerhalb des Rahmens der KSZE möglich sind.

Dies alles kann helfen, eine Sicherheitspartnerschaft zu schaffen, die auf dem fundamentalen gemeinsamen Sicherheitsinteresse gegründet ist und sich quer über verschiedene Linien der Konfrontation entwickelt.“

Ähnliche Gespräche haben stattgefunden mit den Kirchen in den Niederlanden und natürlich auch mit den Vertretern der EKD. Immer war dabei die Kernfrage, was wir als Christen über die Grenzen der politischen Systeme hinweg gemeinsam bezeugen und tun können, damit der Friede Gottes in dieser bedrohten Welt Wirklichkeit werden kann.

„All unser Dienst für den Frieden, den Menschen miteinander machen können, lebt von dem Frieden, den Gott in Christus für alle Menschen gestiftet hat und den wir nicht machen, sondern nur empfangen können. Der spezifische Beitrag der Kirche zum Frieden der Völker liegt darin, daß sie den Frieden Gottes bezeugt und darum für den Frieden der Menschen mit Gott und den Frieden der Menschen untereinander betet.“ So stellen EKD und Bund 1982 als Ergebnis ihrer Gespräche fest. Aber sie fahren dann fort: „Der Friede Gottes, den die Kirche bezeugt, zielt auf unser ganzes Leben. ... Darum können Zeugnis und Gebet niemals zum Rückzug aus politischer Verantwortung werden, sondern führen in die Wahrnehmung dieser Verantwortung hinein.“

Die Erkenntnisse dieser Gespräche sind eingeflossen in die Bemühungen um einen konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Die Vorbereitungen für eine europäische Versammlung „Frieden und Gerechtigkeit“ 1989 und für eine Weltkonvokation 1990 werden von den Kirchen in der DDR offiziell unterstützt. Ein besonderer Beitrag unserer Kirchen für diese beiden Versammlungen soll 1988 eine

Ökumenische Versammlung in der DDR sein, zu der die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen eingeladen hat. Bemerkenswert ist dabei, daß die Römisch-katholische Kirche sich im Beobachterstatus an der Vorbereitung und Durchführung dieser Versammlungen beteiligen will. Die Vorbereitungsgruppe hat die Gemeinden in der DDR aufgerufen, aktiv bei der Vorbereitung mitzuarbeiten, damit wirklich die Probleme und Aufgaben zur Sprache kommen können, die in unserer Gesellschaft im Blick auf die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden und die Bewahrung der Schöpfung vorhanden sind. Es soll aber nicht nur um eine Bestandsaufnahme der kritischen Punkte gehen, sondern vielmehr um das Nachdenken, was aus dem Glauben gemeinsam getan werden könne angesichts der Herausforderungen im eigenen Bereich. „Eine Hoffnung lernt gehen – Gerechtigkeit den Menschen, Friede den Völkern, Befreiung der Schöpfung – Geht mit!“ So lautet das Motto des Aufrufs zur Beteiligung und Mitarbeit.

9. Besondere Aufmerksamkeit hat im Herbst 1987 auch außerhalb der DDR die Entscheidung hervorgerufen, sich kirchlicherseits am Olof-Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor in Europa zu beteiligen. Es hat in der DDR bisher nichts Vergleichbares gegeben. Im allgemeinen werden solche Aktionen von staatlichen oder gesellschaftlichen Organisationen verantwortet, ohne daß ein eigenständiges anderes Engagement möglich wäre. Daher hat es bei unseren Kirchen bzw. kirchlichen Gruppen stets große Zurückhaltung bei derartigen Unternehmungen gegeben. Diesmal aber lief die Sache von Anfang an anders. Es war deutlich, daß innerhalb des geplanten Friedensmarsches, der vom Norden der DDR bis zur Grenze der CSSR führen sollte, eigenverantwortliche kirchliche Aktivitäten möglich sein würden. So war einer der Redner bei der Eröffnungskundgebung am 1. 9. 1987 in Stralsund der Präses der Greifswalder Landessynode, der Lehrer Dietrich Affeld. Kernstück der kirchlichen Beteiligung war der dreitägige Pilgerweg vom 2. bis 4. September zwischen Ravensbrück und Sachsenhausen. Beides sind Orte, die als ehemalige Konzentrationslager deutlich an Leid und Schuld erinnern. Dieser Pilgerweg wurde vom Bund der Evangelischen Kirchen verantwortet und wurde von der Aktion Sühnezeichen vorbereitet. So bewegte sich dann auf dieser Strecke neben den Friedensmarschteilnehmern ein zweiter Zug – die Teilnehmer des Pilgerweges. An allen Orten, die der Pilgerweg berührte, wurde in der Kirche ein Friedensgebet gehalten, es gab eine kurze Besinnung auf die biblischen Friedensverheißungen; in Liedern und im Gespräch mit den Christen am Ort wurde die Friedensverantwortung der Christen für ihre Mitmenschen, ihren Ort und für den gesamten Erdkreis angesprochen.

An verschiedenen Orten gab es eine gemeinsame symbolische Handlung, die von Vertretern der Kirchengemeinde und der kommunalen Gemeinde zusammen vollzogen wurde: das Pflanzen eines jungen Baumes als Zeichen des Lebens. Nicht immer waren beide Gruppen getrennt nebeneinander, oft mischten sich die Pilger und die Marschierenden, nicht selten ergaben sich dabei weiterführende Gespräche. Erstaunlich waren für viele die beim Pilgerweg mitgeführten Schilder und Losungen: Immer wieder tauchte ungehindert das vor wenigen Jahren noch diskriminierte Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ auf. Es waren Losungen zu lesen wie „Für einen Ersatzdienst im zivilen Bereich“, „Keine Feindbilder in Familie, Schule, Kindergarten“ oder „Freie Begegnung und Kontakte nach Ost und West“. Am letzten Tag des Pilgerweges, von Grüneberg nach Sachsenhausen, war auch Landesbischof Dr. Leich, der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, unter den Pilgern. Mit dem Friedensgebet in der Station „Z“, dem Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen, endete der kirchliche Pilgerzug. In einer Ansprache mahnte Bischof Leich, auch die kleinen Schritte zum Frieden ernst zu nehmen und die eigene Friedenswilligkeit vor allem an den Randgruppen der Gesellschaft, wie Strafgefangenen und Behinderten, zu bewahren. Die Zukunft wird zeigen, ob dieses friedliche Miteinander von Friedensmarsch und Pilgerweg sich auch in Zukunft bewähren wird. Wir würden uns freuen, wenn wirklich ein Prozeß eingangekommen wäre, in dem man immer mehr lernt, aufeinander zu hören und den anderen in seinem spezifischen Friedenszeugnis gelten zu lassen.

10. Schließlich sei noch eingegangen auf den Synodalbeschuß zum „Bekennen in der Friedensfrage“ (Bundessynode Görlitz, 22. 9. 1987). Dieser Beschluß ist der vorläufige Endpunkt eines jahrelangen Klärungsprozesses. In ihm werden wesentliche Erkenntnisse zusammengefaßt. Im Vordergrund steht die Absage an „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“, die im Gehorsam gegen den dreieinigen Gott begründet wird – und es wird zugleich versucht, positiv auszusagen, was dies heute unter den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der DDR für das Handeln der Christen bedeutet. Es wurde also nicht eine Rede „zum Fenster hinaus“ formuliert, es sind dies keine Appelle, Anklagen und Forderungen an ferne Staaten und Mächte – sondern es ist alles zunächst gemeint für den Gebrauch „im eigenen Hause“.

In einem Teil I wird in einem dreifachen, auf die Trinität bezogenen Ansatz darzulegen versucht, warum vom christlichen Glauben her der Ideologie der Abschreckung widersprochen werden muß. Es wird hinge-

wiesen auf die Liebe Gottes, die allen Menschen ohne Unterschied gilt; es wird die Befreiung aus der Knechtschaft von Angst und Sünde durch Christus bekannt; und es wird die neue Gerechtigkeit bezeugt, die Gott durch Christus schenkt. Von daher wird gefolgert, daß das menschlich einleuchtende und überzeugende Konzept, Gewalt mit noch mehr Gewalt, Drohung mit noch mehr abschreckender Rüstung zu begegnen, das Denken und Handeln der Christen nicht bestimmen sollte. Es wird die Denkweise eindeutig in Frage gestellt, die die eigene Sicherheit dadurch zu schaffen versucht, daß beim Gegenüber ein Maximum an Angst erzeugt wird. Es wird durchaus eingeräumt, daß auch wir als Christen immer wieder – im persönlichen wie im gesellschaftlichen Leben – dem Abschreckungsdenken unterliegen, es im zwischenmenschlichen Bereich praktizieren. Und es wird ausgeführt, welche weitreichenden Folgen die Praxis der Abschreckung hat, so wie sie sich auswirkt in einem bisher ständig steigenden Rüstungspotential und in einem Denken, das militärischen Kategorien Vorrang einräumt.

„Sie führt zu einer Militarisierung des Lebens und Denkens von Kindergarten und Schule bis hin zur Weltwirtschaft und Wissenschaft.

Sie vergeudet die materiellen und geistigen Schätze der Menschheit. Sie verschärft die Ausbeutung der armen Länder durch die Industrienationen.

Sie tötet schon heute durch Hunger und Verelendung auch ohne Krieg.“

In Teil II sind die schon zitierten Aussagen zur Frage des Wehrdienstes enthalten. Es wird in diesem Zusammenhang lapidar festgestellt: „In einer Welt mit Massenvernichtungsmitteln gibt es keine gerechten Kriege mehr! Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein.“ Es wird stattdessen die Entwicklung eines Systems der gemeinsamen Sicherheit gefordert, das auf Vertrauensbildung beruht.

Teil III befaßt sich dann mit den konkreten Schritten, die aus der Absage an das Abschreckungsprinzip für die Gemeinden und die einzelnen Christen in der DDR sich ergeben könnten. Es werden zehn Punkte genannt und die Gemeinden aufgerufen, sie zu ergänzen und weiter zu konkretisieren. Fünf dieser Schritte seien hier zitiert:

„Weil alle Abgrenzung zwischen Menschen das Entstehen von Feindbildern fördert, wollen wir uns für mehr Begegnungsmöglichkeiten zwischen Menschen einsetzen und dazu beitragen, daß viele Menschen unseres Landes die Bürger anderer Staaten in ihrer Umgebung und mit ihren Problemen kennenlernen und besser verstehen.

Weil erst ein Staat, in dem mündige Bürger Mitverantwortung wahrnehmen können, den Friedensprozeß in der Welt wirksam fördern kann, wollen wir uns dafür einsetzen, daß die Mündigkeit der Bürger gestärkt wird durch sachgerechte Information, offene und öffentliche Diskussion und gemeinsame Suche nach Wegen in die Zukunft. Weil schwelende Konflikte in einer Gesellschaft den Frieden auch der anderen gefährden, wollen wir die Probleme in unserem Land offen ansprechen, nach ihren Ursachen suchen und zu ihrer Überwindung beitragen.

Weil Vertrauen und Freundschaft den Frieden fördern, wollen wir zur Verbesserung unseres Verhältnisses zu den Menschen in Osteuropa, insbesondere zu denen, die bei uns leben und arbeiten, beitragen.

Weil unser räuberischer Umgang mit der Natur den Frieden und das Leben unserer Kinder und Enkel bedroht, müssen wir uns einüben in einen Lebensstil, der unserer natürlichen Umwelt gerecht wird und Zukunft hat.“

An allen diesen Aussagen wird deutlich, daß das Eintreten für Frieden und Abrüstung und die Absage an das Abschreckungsdenken für die evangelischen Kirchen in der DDR nicht deklamatorisch gemeint ist. Es steht die Sorge um den Zustand dieser Welt dahinter, es wird ernstgemacht mit der Verantwortung der Christen für diese von Gott so geliebte Welt, und es wird nicht davor zuückgeschreckt, sich selbst kritisch zu befragen. Letzten Endes läuft alles darauf hinaus, wem wir mehr vertrauen, der zerstörenden Gewalt der Waffen oder dem Gott der Liebe, der Versöhnung, der Gerechtigkeit. In aller Unzulänglichkeit versuchen die evangelischen Kirchen in der DDR, diesen Geist zu fördern – in den Familien und Häusern, in der eigenen Gesellschaft und in der weiten Welt.

Ganz im Sinne des Lutherwortes: „Du darfst nicht denken, daß dir der Friede nachlaufen wird; im Gegenteil: Zorn, Unfriede und Rache (werden dir nachlaufen), so daß du Böses mit Bösem zu vergelten bewegt wirst. Aber kehre dies Blatt um: suche du selbst Frieden; leide und tue, was du selbst kannst. Du mußt dir selbst wehe tun, mußt ihm folgen und nachlaufen“ (WA 45, 104).

Wie glücklich sind wir Christen, die wir nicht weit laufen müssen, weil wir Gott mit uns selber reden hören können! Denn wir haben die Heilige Schrift in unsere Häuser gebracht, und es ist um uns her alles voll und voll von göttlicher Rede.

Martin Luther